



Quickborn, 19.07.2001 / zu

PROTOKOLL

Ausschuss für Planung und Bau Nr. 6/2001-VII in den Räumlichkeiten der „Trocknung“ auf dem Betriebsgelände der Stadtwerke Quickborn, Pinneberger Straße 2

zugestellt am: 03.08.2001

Sitzung am 10.07.2001

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.22 Uhr

TEILNEHMERINNEN / TEILNEHMER

a n w e s e n d	
von TOP	bis TOP

1. Für den Ausschuss für Planung und Bau

Ratsherr	Schell	Uwe	<i>Vorsitzender</i>
Ratsherr	Nuckel	Jens-Olaf	<i>stellv. Vorsitzender</i>
Ratsfrau	Bajus	Antje	
Ratsherr	Wommelsdorff	Jörn	
Ratsherr	Kuper	Jürgen	
Herr	Ziri	Horst	
Herr	Stahl	Horst	

1	5
1	5
1	5
-	-
-	-
1	5
1	5
1	5

Ersatzmitglieder:

Ratsherr	Kleinhapel	Bernd	<i>für Herrn Kuper</i>
----------	------------	-------	------------------------

2. Für die Stadtverwaltung

Bgm	Thonfeld	
STOI	Zuch	Protokoll
TAe	Walter	Amt II
TAe	Hegemann	Amt II
TA	Groß	Umweltkoordinator
TAe	Eckhorst	Amt II
TAe	Bohlmann	Amt II
VAe	Pietsch	Gleichstellungsbeauftragte

1	5
1	5
1	5
1	5
1	5
1	5
1	5
1	5

3. Für die Ratsversammlung

Ratsherr Raubold, Hans

4. **Ferner**

Herr Kratschke (Investor am Bahnhofplatz), Herr Keck (Architekt des Investors)
Frau Ebeling und Herr Dittmer von der Planungsgruppe 4 – P4 –, (alle Gäste zu TOP 2)
sowie ca. 20.Einwohner/innen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Schell, eröffnet die **öffentliche Sitzung**. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses wird festgestellt. Einwände gegen Form und Frist der Einladung werden nicht erhoben.

Beratung zur Tagesordnung:

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Es wird sodann über den Antrag des Bürgermeisters, die Tagesordnungspunkte 6 bis 8 in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten, abgestimmt:

Beschluss:

Die Tagesordnungspunkte 6 bis 8 werden in nichtöffentlicher Sitzung beraten.

- **einstimmig** –

Somit ergibt sich einvernehmlich folgende Tagesordnung:

TAGESORDNUNG

DS-Nr.

1. Einwohnerfragestunde
2. Bebauungsplan № 77 der Stadt Quickborn mit Grünordnungsplan für das Gebiet beidseitig der Bahnhofstr. von der Schulstr. bis Bahnhofplatz einschl.AKN-Gelände,südlich Feldbehnstr. sowie Torfstr. im Bereich der P+R-Anlage einschl. dieser Anlage
hier: Vorstellung der aktuellen Planungen zur Vorbereitung der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und der Naturschutzverbände und -vereine
ohne Vorlage
3. Entwicklungsberichte zur Jahresmitte 2001
VII/610
4. Anfragen und Anregungen in öffentlicher Sitzung
5. Unterrichtungen in öffentlicher Sitzung
6. Aussiedlung eines Gewerbebetriebes **in nichtöffentlicher Sitzung**
7. Unterrichtungen **in nichtöffentlicher Sitzung**
8. Anfragen und Anregungen **in nichtöffentlicher Sitzung**

Hinweis:

Die Protokollierung der Tagesordnungspunkte 6 bis 8 entnehmen Sie bitte dem Protokoll des

1. Einwohnerfragestunde

1.1 **Parkmöglichkeiten am Freibad**

Ein Herr (ohne Namensangabe) spricht „chaotische Zustände“ an hinsichtlich der parkenden Fahrzeugen am Freibad, insbesondere an sehr warmen Tagen mit sehr vielen Freibadbesuchern. Die vorhandenen Parkplätze würden teilweise von den Fahrzeugen der Anlieger zugestellt. Er fragt, was die Stadt gegen diese Zustände zu unternehmen gedenkt.

Frau Walter antwortet, dass langfristig die Stadt eine Umgestaltung in diesem Bereich plant. Sie räumt ein, dass diese Planung an den gegenwärtigen Zuständen nichts ändern wird. Bislang wurde durch entsprechende Appelle versucht, die Anlieger dazu zu bewegen, ihre Fahrzeuge auf den in den Tiefgaragen vorhandenen Stellplätzen zu parken, allerdings nicht mit dem nötigen Erfolg. Auf die Anordnung von Halteverböten an den Tagen mit erhöhtem Besucherverkehr wurde bislang, mit Ausnahme der Tage an denen dort andere öffentliche Veranstaltungen stattfanden, verzichtet. Die Zuständigkeit für diese verkehrsrechtlichen Anordnungen liegt beim Ordnungsamt. Die Verwaltung wird mit dem Ordnungsamt in der Angelegenheit ein Gespräch führen.

Herr Schell bittet Herrn Thonfeld den Vermieter der neuen Häuser an der Feldbehnstraße anzuschreiben mit der Bitte, die Mieter aufzufordern, besonders an den Tagen mit regem Besucherverkehr ihre Fahrzeuge auf den vermieteten Stellplätzen in den Tiefgaragen abzustellen. Im übrigen bleibt der Stadt eigentlich nur an die Besucher zu appellieren, nach Möglichkeit zu Fuß oder mit dem Fahrrad zu kommen.

Herr Thonfeld weist in diesem Zusammenhang auch auf die großen Parkplatzflächen am Rathaus hin, die an den kritischen Tagen zu wenig genutzt werden. Er wird die Stadtwerke bitten, bei der Ausgabe von Dauerkarten den Käufern eine Information über die Parkmöglichkeiten mit auszuhändigen.

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 1

2. Bebauungsplan № 77 der Stadt Quickborn mit Grünordnungsplan für das Gebiet beidseitig der Bahnhofstr. von der Schulstr. bis Bahnhofsplatz einschl.AKN-Gelände, südlich Feldbehnstr. sowie Torfstr. im Bereich der P+R-Anlage einschl. dieser Anlage
hier: Vorstellung der aktuellen Planungen zur Vorbereitung der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden, Naturschutzverbände und-vereine
-
- ohne Vorlage

B-PLAN NR. 77

Herr Schell schlägt folgenden Beratungsablauf zu diesem Tagesordnungspunkt vor:
- allgemeine Einführung in die Thematik durch die Verwaltung

- Vorstellung der Planung durch das beauftragte Planungsbüro P4
- Nachfragen der anwesenden Einwohner
- Ausschlussdiskussion.

Er weist darauf hin, dass den Einwohnern demnächst weitere Informationsmöglichkeiten über die Innenstadtplanung angeboten werden. Bei der heutigen Beratung bleiben die Fragen der Verkehrsplanung ausgeklammert. Er fragt sodann, ob sich später anwesende Einwohner/innen als Sachverständige zu Wort melden möchten. Daraufhin meldet sich jedoch keine/r der anwesenden Einwohner/innen.

Herr Thonfeld bezeichnet die heutige Beratung über den B-Plan als denkwürdig, da bereits jetzt relativ viele Details der Innenstadtplanung erstmalig öffentlich vorgestellt werden. Der Erwartungsdruck seitens der Bevölkerung sei hoch, da bereits seit vielen Jahren auf die Ergebnisse der Planung gewartet wird, zumal der jetzige Zustand am Bahnhofsvorplatz und in der Bahnhofstraße durch die Menschen nicht mehr akzeptiert wird. Die Stadt sei froh in Herrn Kratschke einen Projektentwickler und Investor gefunden zu haben, der endlich das Projekt entscheidend voranbringt in Zusammenarbeit mit dem Architekten Herrn Keck. Außer den beiden Herren stellt er den anwesenden Einwohner/innen auch Frau Ebeling und Herrn Dittmer von der Planungsgruppe 4 vor, die später den B-Planentwurf im Detail vorstellen werden. Das Innenstadtprojekt berücksichtigt mehrere Grundvoraussetzungen, die zu beachten waren:

- äußerst enge Platzverhältnisse am Bahnhofplatz
- Berücksichtigung der vorhandenen Bausubstanz insbesondere des Hochhauses
- Bahnhofssituation, Ziel ist eine attraktive Übergangssituation von den Geschäftsbauten zur AKN zu schaffen.
- Verlegung des ZOB
- Attraktivitätssteigerung der Einkaufsmöglichkeiten für die Bevölkerung
- Schaffung einer ausreichenden Anzahl von Parkplätzen
- schwierige Gemengelage
- Förderung der notwendigen Investitionsbereitschaft

Er weist abschließend auf die gelungene Internetdarstellung der CDU gemeinsam mit der FDP über die Inhalte der Innenstadtplanung hin.

Frau Ebeling stellt sodann die Inhalte der Planung vor. Der Vortrag beinhaltet im wesentlichen folgende Details:

- vorhandener Einkaufsschwerpunkt Klöngasse als Ausgangspunkt der Planung und deren Fortentwicklung in Richtung Bahnhof
- verkehrsberuhigter Geschäftsbereich/ Tempo 20 km/h für Kraftfahrzeuge und Busse
- Entwicklung mehrerer Platzbereiche (sogenannter „Schulplatz“, Dorotheenplatz, Bahnhofplatz)
- Umgestaltung des Bahnhofplatzes als Mittelpunkt eines 2. Einkaufsschwerpunktes
- Verlegung der Bahnhofstraße am Bahnhof (westlicheres Abknicken zur Feldbehnstraße)
- neuer ZOB in direkter Nähe zum Bahnhof
- neues Parkhaus
- 4-geschossige Bebauung am Bahnhofplatz (2 Vollgeschosse und 2 Staffelgeschosse)

- Erschließung des Bahnsteiges unter Berücksichtigung der aktuellen Planungen der AKN (Seitenbahnsteige anstatt Mittelbahnsteig) mit dem Vorteil eines leichten Flächengewinns für den Geschäftsbereich und eines nahtlosen Überganges zwischen AKN und Geschäftszone
- Taxistand

- Schaffung einer optimalen Umsteigemöglichkeit zwischen den verschiedenen Verkehrsarten Bahn, Bus, private Kraftfahrzeuge, Fußgänger, Radfahrer, Taxibenutzer
- künftige Parkplatzsituation
- grünordnerische und verkehrsplanerische Gestaltung der Bahnhofsstraße
- kurze Vorstellung der Planungen der Landschaftsplaner Jacob und Hess
- Fuß- und Radwegeverbindungen im Plangebiet

Im weiteren Verlauf ihres Vortrages erklärt Frau Ebeling die Umsetzung dieser Planungsdetails im „Rechtsplan“ (B-Planentwurf) als Festsetzungen nach der Planzeichenverordnung:

- Kerngebiet
- Verkehrsflächen mit besonderer Zweckbestimmung: verkehrsberuhigter Geschäftsbereich
- Baulinien, Baugrenzen
- Geschossigkeit
- ZOB
- wichtige Bestandteile der Grünplanung
- Gestaltungsfestsetzungen
- Ausgleichsmaßnahmen

Abschließend stellt Frau Ebeling einen Vorschlag für ein neues Logo für die Innenstadt vor als Identifikationssymbol: „Quickborn ist am Zug“

Herr Keck stellt nun im Einzelnen die Details der geplanten Hochbauten vor:

- größere Einkaufsflächen mit Selbstbedienungsläden: Frischemarkt/ Sparmarkt (Lebensmittel), Aldimarkt, Drogeriemarkt
- „Einrahmung“ dieser Selbstbedienungsläden durch kleinteilige Ladenflächen und Dienstleistungsbetriebe
- Anordnung eines Cafés
- Bahnhofshalle
- überdachte Passage entlang des Bahnsteiges ebenfalls mit kleinen Läden
- höhengleicher Übergang von den Geschäften zum Bahnsteig
- Nutzung des 1. Obergeschosses über den Läden u.a. mit einer Hochgarage
- Nutzung des 2. Obergeschosses (1. Staffelgeschoss) mit Praxen und Büros
- Nutzung des 3. Obergeschosses (2. Staffelgeschoss) durch einige Wohnungen mit begehbarem begrünten Innenhof und der Stadtbücherei
- 2 zentrale Treppenhäuser mit Aufzügen, die auch mit Einkaufswagen benutzt werden können
- ruhender Verkehr (173 Parkplätze – davon 100 ebenerdig, 60 vor dem Aldimarkt und 40 entlang der Feldbehnstraße)
- Anlieferungsmöglichkeit für die Märkte
- Gestaltungsvorschläge für die Fassaden aus verschiedenen Blickrichtungen

Sodann gibt Herr Schell den anwesenden Einwohner/innen Gelegenheit zur Äußerung.

Herr Wördemann (Architekt) äußert sein Erstaunen darüber, dass die Reihenfolge der Errichtung der Hochbauten am Bahnhofplatz in der Presse angegeben wurde mit:

1. Projekt des Herrn Kratschke
2. Projekt der Architekten Klünder & Wördemann

Er sei eigentlich immer davon ausgegangen, dass beide Projekte gleichzeitig verwirklicht werden.

Herr Schell und Frau Walter erwidern, dass eine gleichzeitige Verwirklichung sich als schwierig erweisen würde aufgrund der entstehenden Gesamtgröße der Großbaustelle, trotzdem wird eine einigermaßen zeitnahe Verwirklichung beider Projekte angestrebt. Dafür sind umfangreiche Abstimmungen erforderlich. Die beiden Baustellen sollen sich aber nicht gegenseitig behindern, sondern möglichst störungsfrei arbeiten können. Aus Sicht der Verwaltung ist für die Umsetzung der Gesamtmaßnahmen eine Projektsteuerung (extern) dringend erforderlich.

Herr Puls, Alter Hof 1 fragt zur Fläche des jetzigen P&R-Platzes, wie groß das künftige Parkhaus werden soll, bzw. wieviele Geschosse es haben wird. Bleiben die vorhandenen Bäume im Norden, Westen und Osten des künftigen Parkhauses erhalten?

Herr Dittmer antwortet, dass die Parkpalette ca. 200 Stellplätze umfassen wird. Sie wird im Bereich der Torfstraße 2 Ebenen haben, im hinteren 3 Ebenen. Die vorhandenen Bäume sind von der Landschaftsarchitektin erfasst worden und sollen weitestgehend bei der Planung berücksichtigt werden.

Frau Ebeling ergänzt, dass es heutzutage technisch möglich ist sogar 20-25 Jahre alte Bäume umzusetzen.

Herr Tröger bemängelt die Ansicht des 1. Obergeschosses im Bahnhofsbereich in Blickrichtung Westen. Er fragt, ob es möglich ist, den Anblick durch Rankgewächse zu verbessern, zumal für Bäume wohl kein Platz zur Verfügung stehen wird.

Herr Keck weist auf die geplante Bahnsteigüberdachung hin, die den Anblick positiv beeinflussen wird. Die Anpflanzung von Rankgewächsen sind vorgesehen.

Herr Tröger fragt ferner, ob auf der östlichen Seite der AKN Bäume gepflanzt werden könnten.

Herr Keck wendet ein, dass eine solche Maßnahme den Anblick für die Menschen auf dem Bahnsteig nicht verbessern würde.

Ein Herr (ohne Namensangabe) fragt ob für die Benutzung der Stellplätze Parkgebühren zu entrichten sein werden.

Herr Keck antwortet, dass die Benutzung für die ersten beiden Stunden voraussichtlich unentgeltlich sein wird, allerdings unter Verwendung von Parkscheiben. Bei über diese Zeit hinausgehendes Parken wird eine Gebühr erhoben werden.

Frau Walter befürwortet die Installierung eines Parkleitsystems, um vergebliche Parksuchverkehre zu vermeiden.

Der Ausschuss diskutiert anschließend eingehend die Angelegenheit. Herr Keck, Frau Ebeling und Herr Dittmer sowie die Verwaltung beantworten zahlreiche Fragen der Ausschussmitglieder.

Auf Anfrage von Herrn Stahl gibt Herr Keck die Verkaufsflächen der künftigen Selbstbedienungsmärkte an:

1.300 qm Gesamtfläche für Fa. Spar
1.000 qm Gesamtfläche für Fa. Aldi
400 qm Gesamtfläche für Fa. Rossmann.

Herr Wördemann erklärt für das Architekturbüro Klünder & Wördemann, dass die Planung des benachbarten Eckgebäudes genauso weit gediehen ist, wie das Projekt des Herrn Kratschke. Auch die Firmen Plambeck und Adlershorst seien bereit, ihre Neubauten zu verwirklichen.

Frau Hegemann erläutert, dass die Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt noch keine Beschlussfassung durch den Ausschuss benötigt. Die Verwaltung bittet den Ausschuss lediglich die Pläne als Grundlage für die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange zur Kenntnis zu nehmen. Z.Zt. laufen allerdings im Vorwege zur offiziellen Beteiligung noch Abstimmungen durch das Büro P 4 hinsichtlich der Inhalte des Grünordnungsplanes sowie hinsichtlich verkehrlicher Belange mit der AKN und anderer Behörden. Nach Einarbeitung dieser Belange werden die Träger öffentlicher Belange ca. im September angeschrieben.

Herr Schell stellt somit für den Ausschuss fest, dass die Pläne als Grundlage für die Beteiligung der TÖB zur Kenntnis genommen werden.

Herr Schell und Herr Nuckel fragen sodann wann mit der geplanten Ausstellung zur Innenstadtplanung zu rechnen ist.

Frau Walter antwortet, dass die vorliegenden Pläne zwar schon den Anschein erwecken, als seien sie geeignet, in einer Ausstellung präsentiert zu werden; dies ist jedoch nicht der Fall. Es ist erforderlich, dass die LEG die Pläne für die Ausstellung professionell aufbereitet. Dies geschieht während der Sommerpause, d.h. dass die Ausstellung auf keinen Fall vor September eröffnet werden kann. Die Zeit bis dahin wird für die Aufbereitung unbedingt benötigt, um noch Unstimmigkeiten in den Plänen auszuräumen. Parallel wird ein Plakatentwurf erarbeitet. Das Plakat wird dann in der Innenstadt flächendeckend ausgehängt, u.a. in den Schaufenstern der Geschäftsleute. Ferner wird ein Faltblatt erarbeitet, um den Bürgerinnen und Bürgern direkt Informationen in schriftlicher Form aushändigen zu können.

Der Ausschuss diskutiert anschließend mit der Verwaltung eingehend und zum Teil kontrovers über Art, Zeitpunkt, Intensität und Perfektionsgrad der geplanten Öffentlichkeitsarbeit.

Frau Walter sagt zu, den Parteien für ihre Öffentlichkeitsarbeit während der Sommerferien in Form von Parteienständen auf dem Marktplatz und in Form einer Präsentation im Internet, Pläne zur Verfügung zu stellen.

Herr Thonfeld bezieht sich auf Vorwürfe gegenüber der Stadt von verschiedener Seite, dass zu wenig informiert worden sei und erklärt dazu, dass die Stadt aus guten Gründen nicht über halbfertige Planungen unterrichten wollte, vor allem nicht über

Einzelheiten, über die noch bis zuletzt über viele Monate verhandelt wurde. Dazu gehörten Details über den Flächenbedarf einzelner Unternehmen und um welche Unternehmen es sich überhaupt handeln wird, die sich in der Innenstadt ansiedeln

sowie über die Inhalte noch nicht abgeschlossener Verträge. Er bittet den Ausschuss um Verständnis, dass die Verwaltung erst in der heutigen Sitzung diese detaillierten und einigermaßen abgesicherten Informationen geben konnte. Man brauche einen gewissen Planungsstand um diesen dann glaubhaft in der Öffentlichkeit präsentieren zu können. Noch vor 2 Wochen hätten die Pläne ganz anders ausgesehen. Vor diesem ganzen Hintergrund sei der Vorwurf, die Stadt hätte nicht genügend informiert, einfach nicht stichhaltig.

Herr Schell stellt als weiteres Ergebnis dieser Ausschussberatung fest, dass die Verwaltung gebeten wird, die geplante Ausstellung zur Innenstadtplanung mit höchster Dringlichkeit und Intensität vorzubereiten. Ferner wird gebeten, den Politikern Materialien zur Verfügung zu stellen, soweit diese benötigt werden, um die Bevölkerung auch im Rahmen der Parteienarbeit informieren zu können.

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 2

Die Sitzung wird um 19.32 Uhr für eine Pause von ca. 10 Minuten unterbrochen.

2. Entwicklungsberichte zur Jahresmitte 2001

VII/610

ENTWICKLUNGSBERICHTE

Herr Nuckel vermisst auf Seite 17/18 der Entwicklungsberichte im Abschnitt „Planung und Umsetzung von Bauleit- und Landschaftsplänen“ eine Aussage zum Beschluss des APB vom Februar diesen Jahres, eine Ausstellung zur Innenstadtplanung durchzuführen und verweist auf den Inhalt der Beratung zu TOP 2 der heutigen Sitzung.

Ferner fragt er zu Zif. 17 auf Seite 47 der Entwicklungsberichte nach dem Fortgang der Angelegenheit „Bepflanzung der Streuobstwiese im B-Plan № 57, 6. Änderung – Theodor-Storm-Straße, da in der Stellungnahme der Verwaltung zu lesen ist, dass der Sachverhalt unverändert ist.

Frau Eckhorst antwortet, dass die Streuobstwiese zwischenzeitlich vom Erschließer des Baugebietes bepflanzt wurde. Die Stellungnahme in den Entwicklungsberichten wurde bereits vor Monaten verfasst, als die Wiese tatsächlich noch unverändert war.

Herr Nuckel fragt ferner zu Zif. 51 auf Seite 68 der Entwicklungsberichte, ob es in der Angelegenheit „finanzielle Unterstützung der Geschichtswerkstatt zur Erstellung der Broschüre über die Oelting-Siedlung“ Neuigkeiten gibt. Er habe gehört, dass aufgrund des Antrages der Geschichtswerkstatt noch keine Antwort der Stadt erfolgt ist.

Herr Thonfeld antwortet, dass eine finanzielle Unterstützung nicht gewährt werden kann. Es wurde aber Unterstützung zugesagt, durch Druck der Broschüre in der

Rathausdruckerei. Durch einen Fehler im Büro des Bürgermeisters sei das Antwortschreiben verspätet verschickt worden.

Beschluss:

Der APB nimmt die Entwicklungsberichte zur Jahresmitte 2001 zur Kenntnis.

- einstimmig -

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 3

4. Anfragen und Anregungen in öffentlicher Sitzung

4.1 Gefahrensituation auf der Ulzburger Landstraße/ Brücke über die BAB A7

Herr Kleinhapel berichtet im Einzelnen über die in der jüngsten Vergangenheit vorgekommenen Unfälle auf der o.a. Brücke sowie über zahlreiche Gefahrensituationen unterschiedlicher Art aufgrund eigener Erfahrungen, an denen auch immer wieder LKWs beteiligt sind, die eigentlich der Gewichtsbeschränkung unterliegen. Offenbar häufen sich derartige Situationen in letzter Zeit.. Auch für Fußgänger, insbesondere in der Dunkelheit ergeben sich auf der Brücke oft gefährliche Begegnungen mit Kraftfahrzeugen. Das läßt ihn zu der Auffassung kommen, dass hier dringend eine Entschärfung der Verkehrsverhältnisse auf der Brücke erfolgen muss.

Er schlägt vor, die Brücke zu beampeln, sodass sie zeitversetzt immer nur in einer Richtung befahren werden darf. Eine andere Möglichkeit wäre eine Einbahnstraße einzurichten in unterschiedlicher Richtung, jeweils zu den verschiedenen Tages- und Nachtzeiten (entsprechend dem Vorbild der Sierichstraße in Hamburg).

Herr Stahl ergänzt, dass eine Regelung wie in der Hamburger Sierichstraße für den Schmaalmoorweg, dazu beitragen könnte, die Gefahren auf der angesprochenen Autobahnbrücke zu verringern. Er befürwortet eine Beratung im APB über diese Angelegenheit als Tagesordnungspunkt.

Herr Schell weist darauf hin, dass sowohl kurzfristige Lösungen, als auch langfristige zu suchen sind, wie zum Beispiel Verbreiterung der Brücke. Es ist erforderlich, den gesamten Straßenzug der Ulzburger Straße zu betrachten, und zwar in einem größeren Zusammenhang des Quickborner Straßennetzes. Dazu wurden bereits mehrere Versuche unternommen in Form von Anfragen an Bund und Land, jedoch ohne Erfolg. Es sollte weiterhin angestrebt werden, dass dieser Straßenzug seiner heutigen Bedeutung entsprechend ausgebaut wird.

Er spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung in der nächsten Sitzung zunächst einmal kurzfristige Lösungen für die Brücke aufzeigt.

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 4.1

4.2 Sanierung von Verschleißdecken

Frau Bajus weist darauf hin, dass für die Sanierung von Verschleißdecken Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen. Sie fragt nach dem Stand der Arbeiten im Gebiet des Dichterviertels, im Harksheider Weg, in der Jahnstraße, in der Bahnstraße und in der Friedrichsgaber Straße.

Frau Eckhorst antwortet, dass die Arbeiten im Dichterviertel begonnen wurden. In den ersten 2 Wochen der Sommerferien, soll die Teilflächensanierung der schadhaften Kreuzungsbereiche vorgenommen werden. Die Arbeit in der Bahnstraße (lediglich Einmündungsbereich) ist abgeschlossen.

Herr Schell weist auf ein großes Loch in der Fahrbahndecke der Bahnstraße hin, im Bereich des Bahnhofs Tanneneck. Dazu liegt ein Faxschreiben eines Bürgers aus dem Kiefernweg vor.

Frau Eckhorst hat das Schreiben an den für diesen Straßenabschnitt zuständigen Wegezweckverband des Kreises Segeberg sowie an die Gemeinde Ellerau weitergeleitet und den Absender telefonisch über den Sachstand unterrichtet.

Frau Bajus weist ergänzend auf weitere sehr große Straßenschäden in der Kampstraße bei den Behältern für die Recyclingwertstoffe hin. Sie bittet um Fertigung einer Aufstellung über die weiteren nachbesserungsbedürftigen Straßenbereiche.

Frau Eckhorst erläutert, dass nach Abarbeitung des vergebenen Auftrages geprüft wird, wieviel Geld noch zur Verfügung steht und welche der weiteren anstehenden Maßnahmen davon noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden können.

Herr Schell weist daraufhin, dass die Politiker sehr dringend eine Unterlage benötigen in Form einer Bestandsaufnahme, an Hand deren man Entscheidungen treffen kann welche Maßnahmen als nächstes in Angriff zu nehmen sind.

Frau Eckhorst antwortet, dass Voraussetzung für die Erstellung einer solchen Unterlage ist, dass für das Jahr 2002 Mittel eingeworben werden für ein Straßenkataster. Kurzfristig kann nur, wie auch bisher, aus der Straßenbegehung des Bauhofes bzw. der Verwaltung und aus Bürgerhinweisen eine Schadensliste aufgestellt werden.

Herr Kleinhapel weist darauf hin, dass dort wo Kanalisationen gelegt wurden, häufig Absackungen zu verzeichnen sind mit der Folge, dass sich dort Risse im Asphalt bilden, die vergossen werden müssen. Der Aufwand für eine solche Reparaturmaßnahme dürfte relativ gering sein. Wenn eine solche Reparatur unterbleibt wird früher oder später eine kostspielige Vollsanierung erforderlich, deren Kosten aus öffentlichen Mitteln zu Lasten des Steuerzahlers zu tragen ist.

Herr Schell fasst die Diskussion dahingehend zusammen, dass die Verwaltung zugesagt hat, im September klare Vorstellungen über den Aufbau eines Straßenkatasters vorzulegen. Darüberhinaus sollen die Kleinmaßnahmen benannt werden, die aus den restlichen Haushaltsmitteln noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden können.

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 4.2

4.3 Öffentlichkeitsarbeit zur Innenstadtplanung

Herr Kleinhapel regt an, dass die Verwaltung die Planung in Form einer ganzseitigen oder sogar 1-2-seitigen Anzeige in der Umschau den Bürger/innen zur Kenntnis bringt, soweit die Politiker dem zustimmen. Das dafür notwendige Geld wäre eine sehr sinnvolle Ausgabe im Interesse intensiver Öffentlichkeitsarbeit.

Herr Thonfeld bedankt sich für die Anregung und meint aber, dass es genügen müsste, wenn die Zeitungen die zur Veröffentlichung freigegeben Pläne ablichten, um sie in den redaktionellen Teilen abzudrucken.

Herr Schell wendet ein, dass das aber eine Zeitungsbeilage nicht ersetzen kann.

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 4.3

5. Unterrichtungen in öffentlicher Sitzung

5.1 **Bebauungsplan № 45/ Schwarzbaugelände am Harksheider Weg, Hasloher Weg, Kurzer Weg und Hasloher Twiete**

Frau Hegemann berichtet, dass bekanntlich an dem B-Plan intensiv gearbeitet wird. Z. Zt. wird eine informelle Gesprächsrunde mit den wichtigsten Trägern öffentlicher Belange vorbereitet, die am 18.07.2001 stattfinden soll. Es wurden dafür erste Entwürfe erarbeitet, um mit diesen TÖB Möglichkeiten zu prüfen, ob sie von ihren „Maximalforderungen“ Abstriche machen können. Dabei geht es z. B. um Themen wie Straßenausbau, Abstandsflächen vom Wald und Lärmschutz. Davon ist abhängig, ob das B-Plan-Verfahren weiterbetrieben werden kann.

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 5.1

5.2 **Provisorische Einrichtung einer 6-spurigen Nutzung der Autobahn**

Herr Thonfeld berichtet über den Inhalt eines Schreibens des Verkehrsministeriums. Danach wird mit der o.a. Maßnahme nun begonnen unter Mitnutzung des Standstreifens als Fahrbahn. Die 6-spurige Nutzung wird freitags in der Zeit von 11.00 Uhr bis 20.00 Uhr (erstmalig am 06.07.2001) und samstags zwischen 6.00 und 19.00 Uhr (erstmalig am 07.07.2001) ermöglicht. Diese vorübergehende Regelung während der Sommermonate endet am 01. Sept. 2001. In dem Schreiben wird zur Lärmproblematik ferner mitgeteilt, dass aus dieser Maßnahme keine Lärmschutzansprüche hergeleitet werden können.

Herr Kleinhapel ergänzt den Bericht durch den Hinweis auf ein bereits geschehenes Unfallereignis auf einer Standspur infolge dieser Regelung, die offenbar zur Verwirrung bei den Autofahrern geführt hat, weil Verkehrsschilder durch vergessene Entfernung von Abklebungen nicht rechtzeitig sichtbar waren.

zu den Zeiten, in denen die Regelung gelten sollte. Auch die unterschiedlichen Geltungszeiten haben zu Problemen geführt.

Herr Ziri bestätigt diese Schwierigkeiten durch eigene Beobachtungen. Offenbar gibt es ein großes Informationsdefizit bei den Verkehrsteilnehmern.

Frau Bajus ergänzt, dass der neue Belag offenbar größeren Lärm verursacht als der alte.

Frau Bohlmann bestätigt dies und begründet dies damit, dass die Oberfläche sehr bitumenreich ist. Der dadurch entstehende Verlust an Griffigkeit wird durch Split ausgeglichen, der die erhöhten Fahrgeräusche verursacht. Der Split wird aber durch die Benutzung nach und nach eingefahren und die Fahrgeräusche werden sich dann wieder verringern. Die zulässige Höchstgeschwindigkeit ist daher zunächst mit 80 km/h angeordnet worden.

Frau Eckhorst berichtet in diesem Zusammenhang über ein Schreiben des Bürgermeisters an das zuständige Straßenbauamt, in dem um die Verwendung von sogenanntem „Flüsterasphalt“ gebeten wurde. Diese Bitte wurde jedoch im Antwortschreiben abgelehnt, da dies auch technischen Gründen nicht möglich sei. Dieser Asphalt würde schon nach ca. 1 Jahr wieder verschlissen sein. Allerdings ist diese Art Asphalt im Berechnungsindex für den Anspruch auf Lärmschutzmaßnahmen berücksichtigt worden mit 2 dBA Lärminderung.

Herr Schell empfiehlt, sich mit dieser Auskunft noch nicht zufrieden zu geben, da er Beispiele aus anderen Bundesländern kennt, wo „Flüsterasphalt“ eingebaut wurde oder andere lärmindernde Massnahmen getroffen wurden.

APB 6/2001-VII 10.07.01, TOP 5.2

5.3 Sanierung Schmalmoorweg und Ohlmöhlenweg

Frau Bohlmann nimmt Bezug auf die Beratung des APB in seiner vorigen Sitzung. Der APB hatte die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob die Anlage eines Radweges möglich ist.

Die Prüfung hat zunächst ergeben, dass Grunderwerb im Bereich Schmalmoorweg durchgängig nicht möglich ist und dass infolge der geringen Fahrbahnbreiten des Schmalmoorweges und des Ohlmöhlenweges von nur 3,60 – 3,90 m eine Anordnung eines Fahrradstreifens ohne einen verkehrsgerechten Ausbau der Fahrbahn nicht möglich ist (Begegnungsverkehr).

Für einen Begegnungsverkehr PKW/ PKW bei einer Geschwindigkeit von 50 km/h beträgt die erforderliche Fahrbahnbreite 4,75 m.

Der Fahrradstreifen soll in einer Breite von 1,50 m angelegt werden.

Es ist geplant, den Fahrradstreifen auf der nördlichen Seite anzulegen, abgetrennt durch eine durchgezogene Markierungslinie $b = 0,25$ m.

Die in der Sitzung verteilten Querschnittszeichnungen für den Ohlmöhlenweg und Schmalmoorweg zeigen den vorhandenen und den geplanten Querschnitt für die Verbreiterung der Fahrbahn und Anlage eines Fahrradstreifens.

Anhand eines Übersichtsplanes erläutert Frau Bohlmann, welche Abschnitte in die Kostenberechnung einfließen:

- | | |
|-----------------|---|
| - 1. Abschnitt: | Vom Ende Radweg in Höhe der Straße „Im Grund“ bis zum Beginn 2. Abschnitt |
| - 2. Abschnitt: | Ohlmöhlenweg vom Ortsausgang Feldbehnstraße bis zum Schmalmoorweg |
| - 3. Abschnitt: | Schmalmoorweg bis Kreisverkehr |

Insgesamt ergeben sich für alle 3 Abschnitte für die Sanierung der Fahrbahn, die Verbreiterung der Fahrbahn und den Bau des Fahrradstreifens Kosten in Höhe von 780.000 DM.

Anhand eines Übersichtplanes zeigt Frau Bohlmann die geplante Wegeverbindung von der Feldbehnstraße bis zum Schmalmoorweg.

In diesem Lageplan sind folgende weitere mögliche Wegeverbindungen für Radfahrer dargestellt:

- entlang des Ohlmöhlenweges (schlechte Wegstrecke) in Zukunft über das B-Plangebiet N^o 37, Teil 2 ins Gewerbegebiet
- vom Ohlmöhlenweg über den Weg „Halenberg“ ins Gewerbegebiet (bereits als G/R ausgewiesen, jedoch nur geringfügig genutzt.)
- vom Ohlmöhlenweg bis zur Ulzburger Landstraße

Es erfolgt eine kurze Diskussion über die Thematik.

Frau Bajus bittet um eine Zusammenstellung der Kosten mit dem Protokoll.

(Die Zusammenstellung ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.)

Es wird vereinbart interfraktionell dieses Thema zu beraten.

Datum: 02.08.2001

Datum: 19.07.2001

Datum: 02.08.2001

Gesehen:

gez.

Schell – Vorsitzender

gez.

Zuch – Protokollführer

gez.

Walter –